

Grüne und Alternative
in den Räten von Baden-Württemberg
Forststr. 93
70176 Stuttgart
Tel. 0711 99359 90
Fax 0711 99359 99
E-Mail: gar@gar-bw.de



Februar 2006

Liebe GAR-Mitglieder,
in diesem Rundbrief findet Ihr Informationen zu folgenden Themen:

1. Biomassenutzung in der Kommune – Veranstaltung in Bad Boll am 20.2.
2. Mautausweichverkehr
3. Lebensmittelüberwachung nach der Verwaltungsreform
4. Einladung zu einer Mobilfunkveranstaltung in Mannheim
5. Auszählverfahren verfälscht Kommunalwahlergebnis
6. Start des Landesprogramms für Ganztageschulen
7. Kostenloses über Nachhaltigkeit
8. Abpiff – Schluss mit Zwangsprostitution
9. BürgermeisterkandidatIn für Breisach gesucht

1. Biomassenutzung in der Kommune

In einem künftigen Energiemix – egal ob auf Landes-, Bundes- oder europäischer Ebene – wird der Biomasse eine tragende Rolle als Energieträger der Zukunft mit enormen Potenzialen vorausgesagt. Nach einer Studie des Ökoinstituts aus dem Jahr 2004 können bis zum Jahr 2030 etwa 17 % des dann notwendigen Primärenergiebedarfs in Deutschland aus Biomasse gedeckt werden.

Experten gehen davon aus, dass der Biomasse als Energieträger in Deutschland eine Entwicklung bevorsteht, wie der Windenergie in den 90er Jahren – nur mit noch rascherem Zuwachs. Dies trifft ganz besonders für das walddreiche Flächenland Baden-Württemberg zu. Hier kommen sowohl der Einsatz von Holz als auch von landwirtschaftlichen Reststoffen und Rohstoffen vom Acker in Betracht. Der Zuwachs bei Anzahl und Leistung der Biogasanlagen im Land gerade im vergangenen Jahr (Steigerung um etwa 80 Anlagen auf ca. 400) zeigt, dass die Landwirte die Chancen auf eine neue, nachhaltige Erwerbsmöglichkeit bereits erkannt und aufgegriffen haben. Auch der Einsatz von Holzenergie als Scheitholz, Hackschnitzel oder Pellets nimmt angesichts rasant steigender Energiepreise stark zu. Biomasse-Energie sichert und schafft zahlreiche neue Arbeitsplätze!

Holzenergie, Stromerzeugung und Wärmenutzung aus Biogasanlagen oder auch der Einsatz von Rapsöl oder Biodiesel als Kraftstoff – Biomasse ist als Energierohstoff ein „Multitalent“. Auch im kommunalen Bereich bieten sich hier enorme Potenziale, die eigene Gemeinde auf dem Weg zur nachhaltigen Energieversorgung bei langfristig überschaubaren Kosten voranzubringen.

Die Erfahrungen zeigen, dass nach wie vor besonders bei Investitionen in öffentlichen Gebäuden ein enormer Informationsbedarf besteht, bevor Entscheidungen für eine erneuerbare Energieversorgung in Stadt- bzw. Gemeinderat und Verwaltung wirklich gefällt werden können. Dies gilt ganz besonders für den „Newcomer“ Biomasse unter den erneuerbaren Energien. Hier besteht akuter Handlungsbedarf! Wie die Stadt Filderstadt durch Anstöße der Grünen hier vorgegangen ist, haben die Esslinger Grünen in ihrem Kreisrundbrief dargestellt. Diesen dreiseitigen Artikel könnt Ihr im Internet abrufen oder im GAR-Büro bestellen.

Auf die Nesseln setzen: Veranstaltung zur Biomasse am 20.2.06

Außerdem weise ich Euch auf eine interessante Veranstaltung am 20. Februar 2006 in der ev. Akademie Bad Boll hin. Die Veranstaltung ist ein Kooperationsprojekt mit der Wirtschaftsförderung der Region Stuttgart und eine Maßnahme im Rahmen des EU-Projekts "Albaufstieg 2005".

Nähere Infos bei Holger Haas, Tel. 0711-22835-14.

Der Programm-Flyer kann im GAR Büro bestellt werden.

2. Mautausweichverkehr

Aus NRW erreichten uns Musteranträge für Gemeinderat und Kreistag, die Antworten auf die Folgen des Mautausweichverkehrs einfordern. Die Grüne Landtagsfraktion hat sie auf die Baden-Württembergischen Verhältnisse passend gemacht und Ihr könnt sie nun bei der GAR anfordern oder von der GAR-Internetseite herunterladen. Ein Zitat aus einer der Begründungen:

Die Mautausweichverkehre stellen eine erhebliche Belastung an Lärm und Luftschadstoffen für Mensch und Umwelt dar. Durch die erhöhte Verkehrsbelastung kommt es auch zu ungünstigen Auswirkungen auf Verkehrssicherheit, Verkehrsablauf und Verkehrsverhalten. Darüber hinaus führen sie zu nicht unerheblichen Mindereinnahmen für die öffentliche Hand.

Mit Inkrafttreten der 15. Änderung der Straßenverkehrsordnung Anfang dieses Jahres besteht auf der Basis von § 45 StVO Abs. 9 die erleichterte Möglichkeit, Beschränkungen oder Verbote des fließenden Verkehrs anzuordnen, „soweit dadurch erhebliche Auswirkungen veränderter Verkehrsverhältnisse, die durch die Erhebung der Maut nach dem Autobahnmautgesetz für schwere Nutzfahrzeuge hervorgerufen sind, beseitigt oder abgemildert werden können.“

3. Qualität der Lebensmittelüberwachung

Seit Januar 2005 ist der frühere Wirtschaftskontrolldienst bei der Polizei abgeschafft und die Lebensmittelüberwachung wurde in die Landkreise eingegliedert. Schon vor der Umsetzung dieser Reform haben Fachleute vor einem deutlichen Qualitätsverlust bei der Lebensmittelkontrolle gewarnt – mit weniger Personal und ohne polizeiliche Ermittlungsrechte, so die Befürchtungen, wird aus einem funktionierenden System ein vergleichsweise stumpfes Instrument. Aufgrund der jüngsten Vorkommnisse im Bereich der Lebensmittelsicherheit (Stichwort: Gammelfleisch) ist es sicherlich sinnvoll, die Eingliederung des vormaligen Wirtschaftskontrolldiensts (WKD) in das Landratsamt einer kritischen Revision zu unterziehen. Die Grünen im Rastätter Kreistag haben einen Fragenkatalog bei der Kreisverwaltung eingereicht und ungeschminkt

kritische Antworten erhalten. Die Fragen und dazugehörigen Antworten können im GAR-Büro bestellt werden.

4. Mobilfunkveranstaltung in Mannheim

Mobilfunk und Elektromog – wird die Politik ihrer Verantwortung gerecht?

In unserer öffentlichen Veranstaltung in Mannheim werden Grüne aus Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz sich der Diskussion stellen: Im Gespräch mit Mobilfunkinitiativen, Anwohner/innen, Ärzt/innen wollen wir nach dem besten Weg suchen, nach realisierbaren Schritten, die tatsächlich dem Anspruch gerecht werden, dass vorsorgender Gesundheitsschutz der Maßstab politischen Handelns sein muss. Sind wir Grünen auf dem richtigen Weg? Alle Interessierten sind herzlich eingeladen, mitzudiskutieren am Samstag 4.3. 2006 um 15.00 - 19.30 Uhr ins Café Old Vienna, am Kurpfalzkreisel, U1 17, 68161 Mannheim.

Folgende Programmpunkte sind vorgesehen:

- Begrüßung und Einstieg ins Thema
- Vortrag: Kommunalpolitisches Dauerthema Mobilfunk
- Vortrag: Gesundheitliche Folgen des Elektromog
Symptome, physikalische Grundlagen und Mechanismen und die wichtigsten Studien
- Diskussion: Gesundheitsgefahren durch Elektromog
Forschungsergebnisse, medizinische Erfahrungen, Interpretation
- Vortrag: Der Bamberger Appell - Hintergründe und Ziele
- Diskussion: Verletzung von Eigentumsrechten?
Wertverlust bei Wohneigentum
- Vortrag: Technische Möglichkeiten der Belastungsminimierung

Jede Diskussionsrunde dauert ca. 20 Minuten, anschließend jeweils Debatte mit dem Publikum.

Es gibt Pausen fürs Gespräch und zum Kontakte-Knüpfen - mit Musik des Jazzduos TWOBEAT

Auch nach 19.30 Uhr bleibt Zeit für Gespräche! Wir brechen nicht sogleich die Zelte ab. Die Initiative PULSSCHLAG wird einen Büchertisch präsentieren

Das Programm mit dem zeitlichen Ablauf und allen ReferentInnen ist als Anlage beigefügt, steht auf der GAR-Internetseite und kann im GAR-Büro angefordert werden

5. Auszählverfahren verfälscht Kommunalwahlergebnis

Pressemitteilung zu „Falsche Sitzverteilungen bei der Kommunalwahl 2004 im Neckar-Odenwald-Kreis und Baden-Württemberg“

Siehe auch „Die Zeit“ vom 9. Februar 2006: „Ein Bonus für die CDU – Werden in Baden-Württemberg systematisch Wahlergebnisse gefälscht?“

„Die Sitze nach der Kommunalwahl 2004 sind nicht gesetzeskonform verteilt worden.“ So argumentieren die Kreis- und Gemeinderätin Erna Schmidt von der VUB Billigheim und die Stadt- und Kreisrätin Christine Denz von Bündnis 90/Die Grünen NOK. Die „Vereinigung Unabhängiger Bürger“ Billigheim, die Alternative Liste Mosbach und die Grünen im Neckar-Odenwald-Kreis legen umfangreiche Berechnungen

vor. Dazu Beispiele aus dem Landkreis: Die CDU hat bei der Gemeinderatswahl in Mosbach 99.615 Stimmen bekommen, die Alternative Liste 24.574. Das ist ein Verhältnis von 4 : 1. Betrachtet man die tatsächliche Sitzverteilung (CDU-Fraktion 15 Sitze, AL-Fraktion 3 Sitze), beträgt das Verhältnis 5 : 1. In Billigheim wird der VUB ein ihr nach dem Wahlgesetz zustehender Mehrsitz verwehrt. Nach der Kreistagswahl fehlen der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen drei von sechs ihnen zustehenden Sitzen, wenn man das Stimmenverhältnis zu Grunde legt. „Der Wählerwille ist somit nicht abgebildet,“ so Erna Schmidt.

Begünstigt werden dürfte jedoch in den allermeisten Fällen der größte Wahlvorschlag. Massive Nachteile erleiden die kleinen politischen Gruppierungen. Viele der gewählten Gremien würden sich bei einer korrekten, d. h. zu Ende geführten Verteilung vergrößern, weil es mehr Ausgleichssitze geben müsste. Betroffen sind ca. 80% aller Wahlgebiete mit unechter Teilortswahl. Es wurde zwar zunächst nach d'Hondt verteilt. Danach wurden aber nicht die Sitzverhältnisse dem Gesamt-Stimmenverhältnis angepasst, wie es erforderlich wäre. Christine Denz: „Das Wahlgesetz ist damit unvollständig ausgeführt worden. Das ist ein Skandal, den die Behörden zu verantworten haben.“

Die VUB Billigheim und die Alternative Liste Mosbach sind bisher mehrere lange Wege gegangen, um dem Wählerwillen Geltung zu verschaffen. Es war alles bisher vergeblich. Die Reaktionen der verschiedenen Behörden sind sehr aufschlussreich. Die amtlichen Schreiben gleichen sich in wesentlichen Passagen im Wortlaut. Weder das Innenministerium noch das Landratsamt noch die Stadt Mosbach noch die Staatsanwaltschaft noch das Verwaltungsgericht noch die Generalstaatsanwaltschaft haben erkennbar oder nachvollziehbar eigenständig die Sachlage geprüft: Die in ihren Augen „korrekte“ Sitzverteilung hat keine Behörde vorgerechnet. Weitere Informationen unter www.gruene-nok.de. Die Wochenzeitung „Die Zeit“ berichtet darüber in ihrer aktuellen Ausgabe unter der Überschrift: „Ein Bonus für die CDU – Werden in Baden-Württemberg systematisch Wahlergebnisse gefälscht?“.

Erna Schmidt, Kreis- und Gemeinderätin, VUB Billigheim und Bündnis 90/Die Grünen Neckar-Odenwald-Kreis, Tel. 06265/7312

Christine Denz, Kreis- und Gemeinderätin, Alternative Liste Mosbach und Bündnis 90/Die Grünen Neckar-Odenwald-Kreis, Tel. 06261/35154

9. 2. 2006

Der erwähnte Artikel aus der Zeit kann im GAR-Büro bestellt werden und steht auf der Internetseite der GAR. Detailliertes Material zum Nachrechnen und Nachvollziehen der Vorgänge in Billigheim kann ebenfalls im GAR-Büro bestellt werden.

6. Start des Landesprogramms für Ganztageschulen

Die Förderrichtlinien des Landesprogramms für Ganztageschulen sind veröffentlicht und die Antragsfrist für das laufende Jahr steht fest: 1. Juli 2006.

Ein Gemeindetags-Info mit den wesentlichen Eckpunkten des neuen Programms kann im GAR-Büro bestellt werden. Außerdem steht es auf der GAR-Internetseite unter Bildung.

7. Für SchnäppchenjägerInnen: Fünf Mal kostenloser Lesestoff!

Unsere Agentur hat im Zuge des Umzugs ihr Archiv aufgeräumt und möchte daher allen an kommunalen Nachhaltigkeitsprozessen interessierten Leserinnen und Le-

ern ein besonderes Angebot machen: Unsere Publikationen "Praxis Bürgerbeteiligung - Ein Methodenhandbuch", "Die Kunst der Zukunftsfähigkeit" und die Stadtgespräche-Ausgaben 4, 5 und 6 (Flächeninanspruchnahme, Kommunale Finanzen & Beschäftigung) bieten wir Ihnen bis Ende April - so lange der Vorrat reicht - kostenlos an.

Bitte richten Sie Ihre Bestellung mit der Angabe der gewünschten Titel an versand@agenda-transfer.de.

Mit freundlichen Grüßen

Jessica Herz & Stefanie Wulff, Presse und Kommunikation

agenda-transfer Agentur für Nachhaltigkeit GmbH

Dyroffstr. 2; 53113 Bonn

Fon: 0228/60461-35; Fax: 0228/60461-17

eMail: herz@agenda-transfer.de; Web: <http://www.agenda-transfer.de>

8. Rote Karte gegen Zwangsprostitution

Am Rande von sportlichen Großveranstaltungen haben leider auch Menschenhandel und Zwangsprostitution Konjunktur.

Die Karlsruher Grünen haben beantragt, dass die Stadt sich der Kampagne „Abpiff-Schluss mit Zwangsprostitution“ im Zusammenhang mit der Fußballweltmeisterschaft anschließt:

„Der Gemeinderat fordert den OB auf, die Kampagne zur Freiersensibilisierung und gegen Zwangsprostitution des Netzwerkes „Stoppt Zwangsprostitution“ und des Deutschen Frauenrates anlässlich der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 zu unterstützen und durch entsprechende öffentlichkeitswirksame Aktionen zu begleiten.“

Weitere Infos findet Ihr unter: www.frauenrat.de und den Antrag mit Begründung könnt Ihr im GAR-Büro bestellen. Er steht auch auf der GAR-Internetseite unter Frauen.

9. BürgermeisterkandidatIn für Breisach gesucht

Die Stadt Breisach (www.breisach.de) hat etwas über 14000 EinwohnerInnen und ist seit kurzem Mittelzentrum. Sie hat etwas Industrie und Gewerbe (Kieswerke, Baustoffe, Tapeten, Weinkellereien) und einen aufstrebenden Tourismus). Die Stadt liegt direkt am Rhein und damit an der französischen Grenze. Die günstige Lage im Dreiländereck und eine erfolgreich begonnene Konversion bieten gute Entwicklungsmöglichkeiten nach außen und innen.

Der Amtsinhaber tritt nicht mehr an. Bisher ist erst ein Bewerber bekannt. Ein kompetenter Kandidat oder eine kompetente Kandidatin hätte also durchaus gute Chancen, wenn er oder sie eine überzeugende Alternative aufzeigen und eine Stimmung des Wechsels erzeugen könnte.

Für weitere Informationen stehen zur Verfügung:

Dr. Petra Breitenfeldt, Vors. der ULB,

Tel. 07667-6346 (breitenfeldt-breisach@t-online.de)

Gerd Müller, Vors. der ULB-Fraktion,

Tel. 07667-1891 (gerd.mueller@ub.uni-freiburg.de)

Mit herzlichen Grüßen

